

Beschlüsse von geschichtlicher Tragweite

Das Wellecho auf die Vorgänge in Wien

Die politischen Beschlüsse, die in Wien gefaßt worden sind, um die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten Deutschland und Oesterreich zu entspannen und im mitteleuropäischen Raum auch die Reste von Konfliktmöglichkeiten zu beseitigen, finden in der Welt- und Presse die größte Aufmerksamkeit. Man sieht die große geschichtliche Tragweite dieser Beschlüsse und man kommt an der Reflexion nicht vorbei, daß es sich ja bei Deutschland und Oesterreich um zwei deutsche Staaten handelt, die zueinander gehören.

London: Deutsche Völker einigen sich

Die englischen Blätter berichten über die Beschlüsse in Oesterreich zum Teil in großer Aufmachung. Die englische Presse scheint nicht sehr angenehm überrascht, was angesichts der bisher grundsätzlich törichten Haltung der englischen Öffentlichkeit dem österreichischen Problem gegenüber nicht verwundert. Zu lange hat man sich in London in dem Gedanken gewiegt, daß das deutsche Oesterreich dem Reich abzugeben sei, von ihm „unabhängig“, aber in bester größter Abhängigkeit von westlichen Interessenten gehalten werden könnte. „Daily Express“ schreibt, früher oder später sei es unvermeidlich, daß Oesterreich sich mit Deutschland vereine. Im übrigen bestehe absolut kein Grund, daß England sich mit österreichischen Dingen überhaupt befasse. Wüsste denn, so fragt das Blatt, der Engländer in den Krieg ziehen, um für Oesterreichs „Unabhängigkeit“ zu kämpfen? Wüsste ferner der Engländer Deutschland in Harnisch bringen? Wir haben kein Recht, das zu tun, wir sind es, die befehle zu geben und uns fernzuhalten haben. Es ist nicht unsere Sache, den deutschen Vätern zu verbieten, sich zu vereinigen. Die „Times“ vertritt in einem nach verschiedenen Seiten hin sachlich orientierten Bericht die Ansicht, daß es sich bei den letzten deutsch-österreichischen Vereinbarungen um eine Absichtserklärung handeln könne. „Daily Herald“ sagt respektierend, Frankreich und England könnten nichts tun, es sei denn, daß es auf die Gefahr hin geschähe, einen europäischen Krieg zu entfesseln. Die Zeiten seien vorüber, in denen nach dem Siege England und Frankreich unermesslich viel stärker als irgendein anderes europäisches Land waren. Das Vorkriegsblatt nimmt das Ereignis zum Anlaß, einen Blick auf den nach Versailles einbeschlagenen Weg Europas zu werfen. Versailles sei von Anfang an von der Labour-Bewegung als unmöglich kritisiert worden. Von Anfang an sei es klar gewesen, daß Deutschland mit allen Mitteln versuchen werde, eine Revolution der Mächte herbeizuführen, die Deutschland unter der Trohne einer Wladode und der Trohne eines neuen Kereses vorgelegt worden seien.

Paris: Verärgerung und Bege

Das halbamtliche französische Nachrichtenbüro Havas bezeichnet die neue Wiener Regierung als ein Kabinett der österreichischen Wiederanknüpfung. Verschiedene Pariser Zeitungen brechen in das übliche Klagengeflüster aus, wie immer, wenn sich etwas nicht nach ihrem Geschmack richtet. „Nouvelles“ erklärt, man dürfe sich nicht allzuweit Illusionen machen. Das Hauptereignis am Dienstag sei die Tatsache gewesen, daß der Führer Zugeständnisse erhalten habe. Das Blatt erzählt im übrigen höchst einseitige Märchen über die „Vorgehensweise“ der Kabinettsbildung in Wien. Auch das „Echo de Paris“ weilt mit geheimnisvollen Informationen aufzuwarten. Es sieht sich dabei veranlaßt, wieder einmal zum Schutze der sogenannten öffentlichen Sicherheit aufzurufen. „Epoque“ gar glaubt, von einer Tragödie (!) sprechen zu können. Der Berliner Berichterstatter des „Journal“ erklärt, die Diplomatie des Führers könne sich beglückwünschen zu ihrem Unternehmungsgeist und der Initiative, für die sie glänzende Beweise an dem Tag geleistet habe. Diejenigen, die aus ideologischer Opposition heraus in Aussicht auf den 4. Februar eine Verlingerung des deutschen Ansehens vorgezogen hätten, könnten nur enttäuscht sein. Im „Figaro“ unternimmt Wladimir d'Ormesson den standalösen Versuch, die Rolle Berlins—Rom im Zusammenhang mit der Verständigung zwischen Wien und Wien anzugreifen. Der Außenminister des „Paris Parisien“ weilt zu berichten, daß Außenminister Delbos mit dem englischen Vorkämpfer in Paris die österreichischen Angelegenheiten angeschnitten habe. Doch sei es wenig wahrscheinlich, daß dieser Seitenanstrich die Diplomatie der beiden Weltmächte zum Einmarsch in die Angelegenheit führen werde, die den Kreis ihrer Verpflichtungen nicht berühre.

Rom: Neuer Beitrag zum Frieden

Das Verhältnis zwischen dem deutschen Reich und Oesterreich und die Auswirkungen der Besprechungen zwischen dem Führer und Bundeskanzler Schuschnigg beschäftigen die italienische Presse in ausgiebigem Umfang. Es wird betont, daß die Aussprache auf dem Oberzalsberg Einmütigkeit über die Durchführung der Abmachungen vom 11. Juli gebracht habe. Allgemein wird betont, daß Deutschland und Oesterreich die Grundsätze der Verständigung von 1936 von neuem bekräftigen und an den Ausbau enger und freundschaftlicher Beziehungen herangehen. Dieses Ergebnis könne, wie der Berliner Vertreter des „Messaggero“ anführt, nur die überraschen, die niemals haben einsehen wollen, daß Deutschland und Oesterreich beides deutsche Staaten sind. „Popolo di Roma“ sieht in der Begegnung von Verdichtungen ein positives und zu praktischer Auswirkung bestimmtes Ergebnis in der Geschichte der Beziehungen der beiden Staaten. Dieses Ergebnis stehe auf dem Boden der Verständigung vom 11. Juli 1936 und sei damit auch im Geiste der Protokolle von Rom erzielt worden; es stelle daher einen neuen wichtigen Beitrag zur Befriedung Europas dar.

Holland: Berlin Weiter des Weltfriedens

Die Vereintigung der deutsch-österreichischen Beziehungen durch die Aussprache auf dem Oberzalsberg wird von der niederländischen Presse allgemein als sichtbarer Erfolg der auf europäischen Aufbau abzielenden Politik des Führers

gewertet. Man weist darauf hin, daß das deutsche Reich unter der Führung Adolf Hitlers einen Weltkrieg mit dem anderen zur Befriedung Europas leiste. Während von Moskau die Forderung der Weltrevolution als ein Signal zum allgemeinen Bürgerkrieg erklinge, erweise sich Berlin mehr und mehr als ein Heiler des Weltfriedens.

Die Umbildung des österreichischen Kabinetts steht im Zusammenhang mit der deutsch-österreichischen Aussprache auf dem Oberzalsberg im Vordergrund der Betrachtungen auch der belgischen Blätter. Besonders die flämische Presse betont, daß hier das konstruktive Element der deutschen Außenpolitik sich wieder einmal klar bewiesen habe. Den verantwortlichen deutschen und österreichischen Staatsmännern sei eine wesentliche Entspannung der allgemeinen europäischen Lage zu verdanken.

Regierung des Friedens

Was die österreichische Presse sagt

Von den österreichischen Zeitungen sagt die halbamtliche „Neichspost“ ihre Ansicht über die „Regierung der Konzentration und des Friedens“ in einem Aufsatz zusammen, in dem es u. a. heißt, daß die früheren Versuche der inneren Befriedung viele Enttäuschungen gebracht hätten und es verständlich sei, daß heute weite Kreise des österreichischen Volkes mißtrauisch würden, wenn sie von Befriedungsaktionen vernähmen. Das Blatt geht dann auf die Aussprache zwischen dem Führer und dem österreichischen Bundeskanzler ein und betont, daß an der Spitze der öffentlichen Verhandlung die Erklärung mit dem Ziele der Aussprache stehe, die bei der Durchführung des Juli-Abkommens aufzutretenden Schwierigkeiten zu beseitigen. Es heißt dann weiter:

„Woher die immerwährenden Störungen kamen, braucht heute nicht mehr erörtert zu werden. Nun aber erklärt die amtliche Rundgebung auch, daß beide Staaten die sofortige Durchführung von Maßnahmen beschlossen haben, die Gewähr leisten, daß ein so enges und freundschaftliches Verhältnis der beiden Staaten zueinander hergestellt wird, wie es der Geschichte und dem Gesamtinteresse des deutschen Volkes entspricht. Umwählig diese Vereinbarung nicht alles, was ein jeder ehrliche Oesterreicher aus tiefstem Herzen wünscht? Die Wiederherstellung einer Freundschaft zwischen den beiden Staaten, die ihrerseits mit Blut besiegelte Tradition und Volksverbundenheit entspricht! Das Unterpfand, daß an dieser Wiederherstellung durch eigene bisherige Störungen beizutragende Maßnahmen das deutsche Volk mitwirken wird, ist eine Verpflichtung, die nicht nur den Kanzler und die österreichische Regierung, sondern jeden einzelnen Oesterreicher angeht und sein politisches und sittliches Urteil mit bestimmen wird.“

Aus den anderen Wiener Blättern spricht die christlich-katholische „Neue Zeit“ die Neuordnung der Dinge auch eine neue Ära der deutsch-österreichischen Beziehungen einleiten möge. Diese Ansicht kommt sogar in den sonntäglichen Grundriss der Typsetzerei zum Reich eingestellten Zeitungen zum Ausdruck.

Die Freiheitskünde schädlich

Ueber die Auswirkung des österreichischen Amnestieerlasses werden nähere Einzelheiten bekannt. Für alle politischen Häftlinge, die Untersuchungsgefängnisse mit eingerechnet, hat die Freiheitskünde nun geschlagen. Die Zahl der noch schwebenden Verfahren wird auf etwa 2500 geschätzt. Unter den vermutlich schon in diesen Tagen zur Entlassung kommenden Personen befinden sich auch zahlreiche Verurteilte aus den großen Prozessen nach den Julitagen 1934. So erwartet man die Freilassung des ehemaligen Ministers Hintzen, der Polizeioffiziere Gohmann und Seifmann und mehrerer Wachbeamte. Unter den Glücklichen wird sich ferner der Ingenieur Wolf, der im Juni 1937 zu zwölf Jahren Kerker verurteilt wurde und gegen den dann noch ein gesondertes Verfahren wegen Hochverrats eingeleitet wurde, befinden. Auch der kürzlich verhaftete Dr. Löss wird in Freiheit gesetzt werden.

Aus dem Konzentrationslager Wöllersdorf seien etwa 40 Personen vor ihrer Entlassung. Auffällige der Julitage 1934 befinden sich nicht mehr dort. In eine Auflösung des Konzentrationslagers wird nach Müttermeldungen nicht gedacht. Aus Graz wird berichtet, daß sich im dortigen Landesgericht 150 politische Häftlinge befinden. Die Zahl der Personen in den dortigen Polizeiarresten beträgt zur Zeit rund 40.

Die Verteilung der Aufgabenbereiche

Ergänzend zu der Kabinettsliste wird amtlich u. a. mitgeteilt:

Bundeskanzler Dr. Schuschnigg führt auch die Leitung des Bundesministeriums für Landesverteidigung, wobei ihm zur Führung der Angelegenheiten der Landesverteidigung General der Infanterie Wilhelm Jehner als Staatssekretär beigegeben ist. Die Ernennung des Bundesministers Dr. h. c. Edmund Glaise-Horselenau, Dr. Guido Schmidt, Guido Jernatto, Dr. Arthur Seyd-Quart und Hans Kott ist auf Grund des Artikels 91 der Verfassung erfolgt, wonach in besonderen Fällen Bundesminister ernannt werden können, die nicht mit der Leitung eines Bundesministeriums betraut werden.

Es ist in Aussicht genommen, diesen Bundesministern im Sinne des erwähnten Artikels der Verfassung folgende Wirkungsbereiche anzuweisen: Dem Bundesminister Dr. Guido Schmidt die auswärtigen Angelegenheiten, dem Bundesminister Dr. h. c. Glaise-Horselenau die Angelegenheiten der inneren Verwaltung, dem Bundesminister Guido Jernatto die Angelegenheiten der Vaterländischen Front, dem Bundesminister Dr. Arthur Seyd-Quart die Angelegenheiten der öffentlichen Sicherheit und bestimmte Gebiete der inneren Verwaltung, dem Bundesminister Hans Kott die Vertretung des zeitweilig verhinderten Bundesministers für soziale Verwaltung.

Beginn einer neuen Ära

Glaise-Horselenau und von Papen über die deutsch-österreichischen Beziehungen

In der österreichischen Hauptstadt fand die erste Sitzung der in einem Verein umgewandelten deutsch-österreichischen Arbeitsgemeinschaft statt. Dabei überbrachte der österreichische Minister Glaise-Horselenau die Grüße der Bundesregierung und deutete es als ein gutes Vorzeichen, daß die Arbeitsgemeinschaft in neuer Form in einem geschichtlich bedeutsamen Augenblick ihre Tätigkeit wiederaufnehme. Noch könne man sich über das Ausmaß der Begegnung der Führer der beiden deutschen Staaten kein genaues Urteil bilden, aber es sei, was auch das Wellecho beweise, eine Tat von größter Bedeutung, daß zwei Männer, die eine hohe Verantwortung für die Geschichte ihrer Staaten trügen, sich die Hände gereicht und Auge in Auge miteinander gesprochen hätten.

Stürmisch begrüßte, dankte dann Vorkämpfer v. Papen der Arbeitsgemeinschaft dafür, daß diese in den 1 1/2 Jahren seiner Wiener Tätigkeit immer besonderes Verständnis für seine Aufgaben gezeigt habe. „Wenn ich“, so bemerkte Vorkämpfer von Papen, „nach dem Befehl des Führers und Reichskanzlers in wenigen Tagen diesen Posten verlassen werde, so glaube ich, dies mit gutem Gewissen gegenüber meinem Auftraggeber und den Interessen des deutschen Volkes tun zu können. Mein Streben in dieser Zeit ist es gewesen, dem Gedanken der deutschen Einheit auf friedlichem Wege Raum zu verschaffen und zu verhindern, daß die Tragik der deutschen Geschichte um eine weitere Katastrophe vermehrt werde.“

Der 11. Juli 1936 war ein Anfang. Und Sie werden sich erinnern, daß ich an dieser Stelle vor Jahresfrist die Ansicht ausgesprochen habe, dem Sturm über Oesterreich werde ein neuer Frühling folgen. Es dauert manchmal lange, bis der Frühling kommt, kommen aber wird er, auch in der Deutschen Frage, so sicher, wie die Welt sich um ihre Achse dreht.

Die am 12. Februar auf dem Oberzalsberg stattgehabte Besprechung der beiden führenden Staatsmänner wird ein weiterer Meilenstein in der Geschichte der Deutschen Frage sein. Ich darf sagen, daß der Grundton von der tiefen geschichtlichen Verantwortung getragen war, welche die deutsche Schicksalsfrage umgibt. Ein selbständiges Oesterreich kann keine Aufgaben vor sich haben im Rahmen der gesamten deutschen Entwicklung. Und nur als Mitwirkender und Mitgestalter an dem Geschehen dieser Tage, an der Wiedererringung der Stellung und des geistigen Einflusses des Reiches im Abendlande.

Ich darf mich der Hoffnung hingeben, daß das Resultat dieser Besprechung den Beginn einer neuen Ära der deutsch-österreichischen Beziehungen bedeutet und daß diesem von beiden Seiten loyal und aufrichtig gefaßten Beschluß auch dem europäischen Frieden am besten gedient ist.“

Oesterreich-Erklärung Edens

Frage- und Antwortspiel im Unterhaus

Im englischen Unterhaus beantwortete Außenminister Eden Anfragen zu der jüngsten politischen Entwicklung in Oesterreich. Er sagte, er verfolge das Ziel der öffentlichen Kommunikation dahin, daß u. a. die Reorganisation der österreichischen Regierung in Uebereinstimmung mit den Verpflichtungen gebracht werde, die man in Verträgen eingegangen sei. Es liege Grund zu der Annahme vor, daß die anderen Punkte des Uebereinstimmens Verpflichtungen beider Regierungen in einer Reihe von Fragen enthielten. Bevor jedoch der authentische Text des Uebereinstimmens nicht veröffentlicht sei, sei er nicht in der Lage, eine weitere Erklärung abzugeben. Die englische Regierung verfolge inzwischen die weiteren Entwicklungen mit Aufmerksamkeit.

Gefragt, ob er eine Versicherung abgeben könne, daß die Politik der englischen Regierung hinsichtlich der Unabhängigkeit Oesterreichs noch die gleiche sei, wie sie Eden bei der letzten Gelegenheit im Unterhaus geschildert habe, antwortete Eden: „Zweifel mich erinnern, was ich gesagt habe, war es das, daß die englische Regierung in Mitteleuropa wie überall Frieden und gutes Verstehen wünscht.“

Werdet Mitglied der NSB.



Mitglieder des neuen österreichischen Kabinetts

Von links nach rechts: Bundeskanzler Dr. Schuschnigg, Vizekanzler Feldmarschallentnant a. D. Illner, Außenminister Dr. Schmidt, Innenminister Dr. Seyd-Quart, Bundesminister Dr. h. c. Glaise-Horselenau, (Scheidt-Wittfeld-Bagenborg.)